



## Energiearmut auf Bundesländerebene

Betroffene Haushalte im Vergleich und Handlungsempfehlungen für Bund, Länder und Kommunen.

// Schumacher, Katja; Hünecke, Katja, Noka, Viktoria; Cludius, Johanna

Energiearmut betrifft Haushalte, die einen unverhältnismäßig hohen Teil ihres Einkommens für Energie aufwenden oder ihre Grundbedürfnisse bei Wärme, Strom und Mobilität nicht decken können. Steigende Preise, soziale Ungleichheiten und ineffiziente Gebäude verschärfen das Problem, besonders für einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende und Bewohner schlecht gedämmter Wohnungen. Da regionale Unterschiede in Einkommen, Gebäudestruktur und Heizsystemen stark variieren, ist eine Betrachtung auf Bundesländerebene zentral. Bisher fehlen jedoch einheitliche Definitionen, konsistente Daten und systematische Monitoringansätze für Energiearmut. Quantitative Indikatoren, qualitative Typologien und Persona-Ansätze ermöglichen eine differenzierte Analyse, insbesondere wenn sie mit Mikrodaten wie EU-SILC oder der EVS verknüpft werden. Der Policy Brief schätzt daher die Betroffenheit in den Bundesländern ab und vergleicht Energiearmut sowohl für Strom- und Wärmeverbrauch insgesamt als auch speziell für den Wärmebereich. Er schließt mit Handlungsempfehlungen für Bund, Länder und Kommunen.

### Zentrale Handlungsempfehlungen

- Bundesweit sollte eine einheitliche Definition von Energiearmut inklusive eines regelmäßigen Monitorings etabliert werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass die Mittel aus dem Klima-Sozialfonds gezielt für Maßnahmen zum Schutz vor Energiearmut genutzt werden, insbesondere für energetische Sanierungen, effiziente Heizsysteme und sozial ausgerichtete Förderprogramme.

## Zentrale Handlungsempfehlungen

- Für neue Regelungen und Maßnahmen sollte immer und frühzeitig eine soziale Folgenabschätzung durchgeführt werden, um Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und sozialen Wirkungen frühzeitig zu erkennen und flankierende Maßnahmen zu entwickeln.
- Die Bundesländer sollten jährlich verpflichtende Energiearmutsberichte veröffentlichen und eigene Förderprogramme (z. B. Heizungstausch, Mieterstrom) eng mit Bundesprogrammen verzahnen.
- Kommunen sollten durch den Ausbau des Angebotes an zielgruppenspezifischer integrierter Energie- und Sozialberatung sowie durch finanzielle Unterstützung vor Ort gegen Energiearmut vorgehen.
- Nur durch ein Zusammenspiel von Bund, Länder und Kommunen lassen sich sowohl kurzfristige Entlastungen als auch langfristige strukturelle Verbesserungen erreichen und somit Energiearmut mindern oder vermeiden.

## 1 Hintergrund

Energiearmut beschreibt die Situation, in der Haushalte einen überproportional hohen Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen oder ihre Grundbedürfnisse an Wärme, Strom und Mobilität nicht angemessen decken können. In Deutschland gewinnt das Thema an Bedeutung, da steigende Energiepreise, die Transformation des Energiesystems und soziale Ungleichheiten die Verwundbarkeit vieler Haushalte erhöhen. Besonders betroffen sind einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende und Menschen in schlecht gedämmten Gebäuden.

Die Betrachtung auf Bundesländerebene ist entscheidend, weil regionale Unterschiede – etwa in Einkommensstruktur, Gebäudebestand und Heizsystemen – die Ausprägung von Energiearmut stark beeinflussen. Eine einheitliche nationale Strategie greift daher zu kurz, wenn sie diese Unterschiede nicht berücksichtigt. Bisher existieren nur wenige systematische Ansätze zur Messung und Bekämpfung von Energiearmut auf Landesebene.

Bundesländerebene  
ist entscheidend

Neben quantitativen indikatorbasierten Ansätzen zum Beispiel anhand von Einkommens- und Ausgabenindikatoren gibt es qualitative Forschungsansätze, die anhand von Typologien oder Narrativen systemisch eingebettete Akteursgruppen beschreiben. Hierzu gehören Persona-Ansätze, bei denen zielgruppenspezifische Profile mit unterschiedlichen Bedarfen abgeleitet werden. Durch die Verknüpfung mit Mikrodaten wie EU-SILC-Daten oder Haushaltserhebungen wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) können Hochrechnungen z.B. auf Bundeslandebene erfolgen. Weitere Ansätze zur Erstellung von Energiearmutsprofilen bzw. zur Identifizierung von Betroffenen sind Befragungen, Durchführung von Fokusgruppen oder auch die teilnehmende Beobachtung. Ziel dieser Ansätze ist es typische Kombinationen von Merkmalen (Wohnstandard, Einkommen, Haushaltstyp, Gesundheitsrisiken, Miet- vs. Eigentumsstatus etc.) zu erfahren und die Handlungsspielräume der Akteure und Akteurinnen sichtbar zu machen.

Zur Analyse von Energiearmut eignen sich vor allem Ansätze, die quantitativ Betroffenen abbilden können und nicht nur auf Einkommen allein abzielen. Die Kombination von Merkmalen und die Kenntnis über Handlungsspielräume ist damit

Nicht Einkommen allein  
ist entscheidend

essenziell, um Strategien zur Vermeidung von Energiearmut mittel- und langfristig zu etablieren.

Einige Länder wie Nordrhein-Westfalen und Berlin haben erste Studien<sup>1</sup> und Förderprogramme<sup>2</sup> aufgelegt, etwa zur energetischen Sanierung im sozialen Wohnungsbau oder zur Beratung einkommensschwacher Haushalte. Dennoch fehlt eine einheitliche Definition, eine Abschätzung der Größenordnungen und ein konsistentes Monitoring, sodass die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern eingeschränkt ist. Die Datenlage ist fragmentiert, was die Entwicklung gezielter Maßnahmen erschwert.

In diesem Policy Brief widmen wir uns daher der Abschätzung der Größenordnung und Betroffenheit in Bundesländern und stellen einen Vergleich zwischen Bundesländern an. Wir nehmen dabei sowohl die Energiearmut in Bezug auf den Energieverbrauch von Haushalten insgesamt, also Strom und Wärme, wie auch in Bezug auf nur den Wärmeverbrauch in den Blick.

## 2 Politischer und rechtlicher Rahmen

Die Umsetzung von EU-Regularien, wie der Energieeffizienz-Richtlinie (2023/1791 EED European Parliament (EP); European Council (EC) 2023a) oder der Verordnung zum Klima-Sozialfonds (2023/955 KSF-VO (European Parliament (EP); European Council (EC) 2023b) erfordert, dass Mitgliedstaaten eine Definition für benachteiligte Gruppen, das heißt für Energiearmut und für besonders durch den CO<sub>2</sub>-Preis betroffene Gruppen, festlegen und zur jeweiligen Größe sowie den eingesetzten Maßnahmen zur Reduktion beziehungsweise Bekämpfung von Energiearmut und Betroffenheit Bericht erstatten.

Wesentliche Merkmale der Definition von Energiearmut (nach Art. 2 Nr. 52 der Energieeffizienz-Richtlinie – European Parliament (EP); European Council (EC) 2023a) sind, dass Haushalte nicht in der Lage sind, ihren grundlegenden Bedarf an Energie sicherstellen zu können. Die überarbeitete EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED) verpflichtet die Mitgliedstaaten, Energiearmut systematisch zu erfassen und Maßnahmen zur Bekämpfung zu entwickeln. Sie fordert explizit, dass vulnerable Verbrauchergruppen in Energieeffizienzprogrammen priorisiert werden (Braungardt et al. 2024).

Definition von Energiearmut

Des Weiteren stellt der Klima-Sozialfonds der EU-Mittel bereit, um die sozialen Folgen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung abzufedern und Investitionen in Energieeffizienz sowie saubere Mobilität zu fördern. Für Deutschland bedeutet dies, dass sowohl Bund als auch Länder Strategien entwickeln müssen, um diese Mittel effektiv einzusetzen und die Vorgaben der Richtlinie umzusetzen. Bisher fehlt jedoch eine verbindliche Definition von Energiearmut und eine klare Zuständigkeit für Monitoring und Maßnahmen.

---

<sup>1</sup> Schumacher & Noka (2021)

<sup>2</sup> Beispiele: In Hessen fördert z.Z. die Wirtschafts- und Infrastrukturbank über das Programm „Sanieren, sparen, Klima schonen“ Sanierungsvorhaben. Das Kombidarlehen Wohnen und Klimaprämie (Baden-Württemberg) fördert Eigentümer und Eigentümerinnen von (kleineren) Wohneinheiten. Die Investitionsbank (IBB) Berlin hat ein Programm zur sozialen Wohnraumförderung. Dieses Programm fördert die energetische Sanierung von Mietwohngebäuden.

### 3 Energiearmut in Zahlen auf Bundesländerebene

Energiearmut ist in Deutschland kein Randphänomen: Durchschnittlich sechs Prozent der Haushalte in Deutschland geben an, ihren Wohnungen nicht ausreichen heizen zu können. Im unteren Einkommensviertel beläuft sich der Anteil mit ungefähr 12 Prozent fast auf das Doppelte<sup>3</sup>. Die Ursachen für Energiearmut sind vielfältig. Neben geringem Einkommen spielen vor allem strukturelle Faktoren wie ineffiziente Gebäude und Haushaltsgeräte eine Rolle, die zu einer hohen Energieausgabenbelastung führen, insbesondere bei hohen Energiepreisen. Den Haushalten fehlen zudem aufgrund ihres geringen Einkommens die finanziellen Mittel, ihre Wohnungen oder Häuser energetisch zu sanieren oder effiziente Haushaltsgeräte zu kaufen.

Analysen zu energiearmen und vulnerablen Haushalten weisen auf, dass in Deutschland zwischen fünf und 14 Prozent der Haushalte betroffen sein können (Braungardt et al. 2024; Fiedler et al. 2024; Schumacher et al. 2025; Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring (EWK) 2025; Kenkmann et al. 2026). Die genaue Zahl hängt von den gewählten Indikatoren bzw. Indikatorenkombinationen ab. Unterschieden werden Indikatoren basierend auf Selbsteinschätzung (selbstberichtete Indikatoren), die beispielsweise in einer jährlichen Erhebung in der europäischen Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU SILC) erfasst werden und Fragen für Haushalte enthalten, ob sie ihre die Wohnung angemessen warm halten können, ob sie Zahlungsverzüge bei Versorgungsunternehmen haben oder ihre Wohnungen feucht, von Schimmel befallen und mit undichten Fenster sind.

Wie viele Haushalte sind von Energiearmut betroffen

Darüber hinaus werden in den Empfehlungen der europäischen Kommission zu Energiearmut (European Commission (EC) 2023; EC 2020) vor allem auch ausgabenbasierte Indikatoren basierende auf statistischen Daten zur Messung von Energiearmut empfohlen. Diese Indikatoren betrachten die Energieausgaben bzw. die Energieausgabenbelastung und prüfen diese im Vergleich zu einem Richtwert. Als Datengrundlage für die Berechnung in Deutschland kann die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes und der Landesämter dienen. Zu den ausgabenbasierten Indikatoren gehören:

Indikatoren für die Messung von Energiearmut

- 2M-Indikator – hohe Energieausgabenbelastung. Er bestimmt den Anteil der Haushalte, deren Energieausgaben im Vergleich zum Einkommen mehr als doppelt so hoch ist wie die Medianbelastung, daher die Bezeichnung 2M. Diese Haushalte sind durch hohe Ausgaben sehr belastet und können sich ihren notwendigen Energieverbrauch kaum leisten.
- M/2-Indikator – niedrige absolute Energieausgaben: Er bestimmt den Anteil der Haushalte, die absolut gesehen sehr niedrige Energieausgaben haben. Konkret den Anteil der Haushalte, deren Energieausgaben weniger als die Hälfte des Medians betragen, daher die Bezeichnung M/2. Dieser Indikator spiegelt einen ungewöhnlich niedrigen Verbrauch wider und kann daher einen Hinweis auf versteckte Energiearmut geben, die eintritt, wenn Haushalte ihren Energieverbrauch unter den eigentlichen Bedarf senken, um Kosten zu sparen.

In den folgenden Analysen werden diese beiden Indikatoren für Gesamtdeutschland und für einzelne Bundesländer vergleichend dargestellt. Dabei werden verschiedene sozio-ökonomische Gruppen unterschieden: Haushaltstyp, Wohnverhältnis, Alter,

<sup>3</sup> Datenquellen: Eurostat [[sdg\\_07\\_60](#)] [Population unable to keep home adequately warm by poverty status](#) und Eurostat [[ilc\\_mdcs01](#)] [Inability to keep home adequately warm](#)

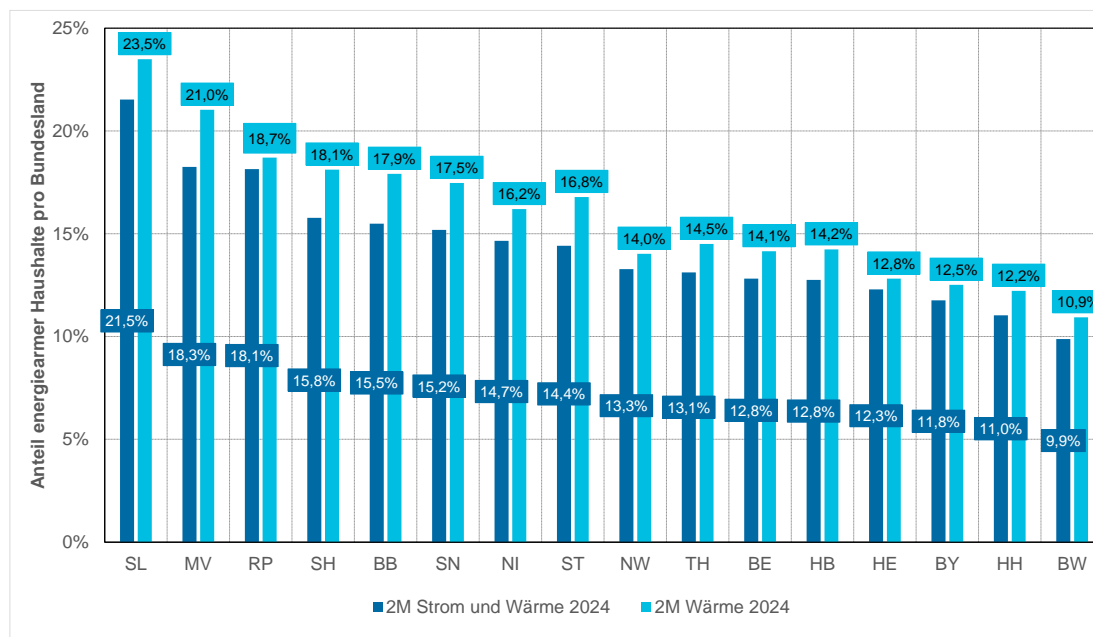
soziale Stellung. Wir stellen fest, dass es erhebliche regionale Unterschiede gibt. Diese Unterschiede machen eine differenzierte Betrachtung auf Länderebene<sup>4</sup> notwendig, um zielgenaue Maßnahmen zu entwickeln.

### 3.1 Indikator 1: Hohe Energieausgabenbelastung (2M-Indikator)

Eine hohe Energieausgabenbelastung, die mehr als das Doppelte der Medianausgaben (2M) betragen, haben vor allem Haushalte in den unteren Einkommensgruppen. Daher werden die Indikatoren in der folgenden Abbildung 3-1 für Haushalte im untersten Einkommensdrittel dargelegt. Die gezeigten prozentualen Anteile beziehen sich dabei immer auf den Anteil der Haushalte mit hoher Belastung (2M, das heißt die Belastung beträgt mehr als das Doppelte der Medianbelastung) im untersten Einkommensdrittel an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland. Weitere sozio-ökonomische Daten rund um Energiearmut in den Bundesländern sind im Anhang zu finden.

Ein auffällig hoher Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen und hoher Energieausgabenbelastung finden sich vor allem im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern, in Rheinland-Pfalz. Einen vergleichsweise geringen Anteil weisen Baden-Württemberg, Hamburg und Bayern auf.

Abbildung 3-1: 2M Indikator 2024 für Strom und Wärme



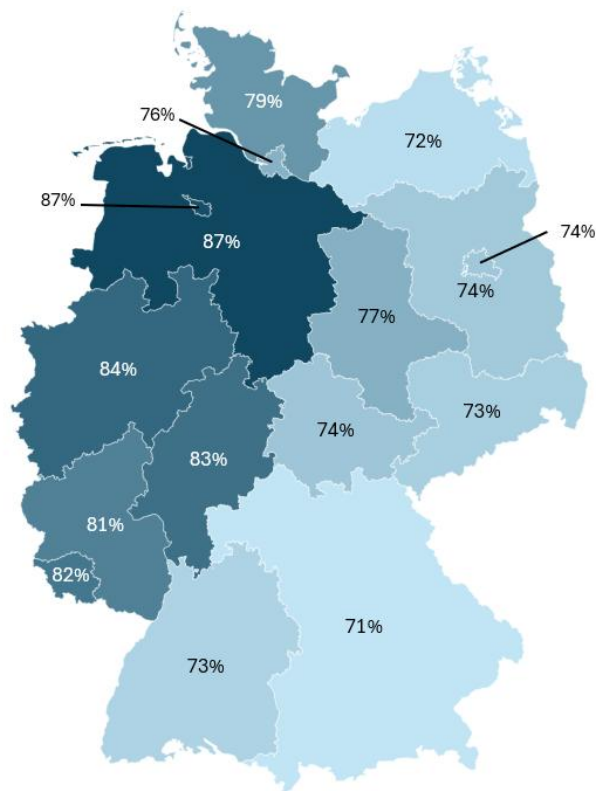
Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Hinweis: Der doppelte Median (2M) der Ausgabenbelastung liegt bei 10,9 Prozent für Strom- und Wärmeausgaben und bei 5,7 Prozent, wenn nur Wärmeausgaben berücksichtigt werden.

Abbildung 3-2 zeigt den Anteil von Gas- und Ölheizungen im Bereich Wohngebäude nach Bundesländern. Die westlichen und nordwestlichen Bundesländer weisen die höchsten Anteile fossiler Heizenergieträger auf, während die südlichen und östlichen Bundesländer niedrigere Werte aufweisen. Die Spannweite reicht von 71 Prozent in Bayern bis zu 87 Prozent in mehreren nordwestlichen Bundesländern. Der Einsatz von fossilen Heizsystemen ist insgesamt hoch, variiert jedoch regional. Diese

<sup>4</sup> In den Abbildungen werden Abkürzungen für die Bundesländer genutzt. Diese sind im Anhang zu finden.

Unterschiede wirken sich auf das Risiko von Energiearmut aus, wenn die Preise für Öl und Gas steigen. Dabei kann ein Bundesland trotz hoher Einkommen energieärmer sein, wenn ein hoher Anteil fossiler Heizsysteme vorhanden ist und die Wohngebäude in energetisch schlechtem Zustand sind.

**Abbildung 3-2: Anteil von Gas- und Ölheizungen nach Bundesländern**

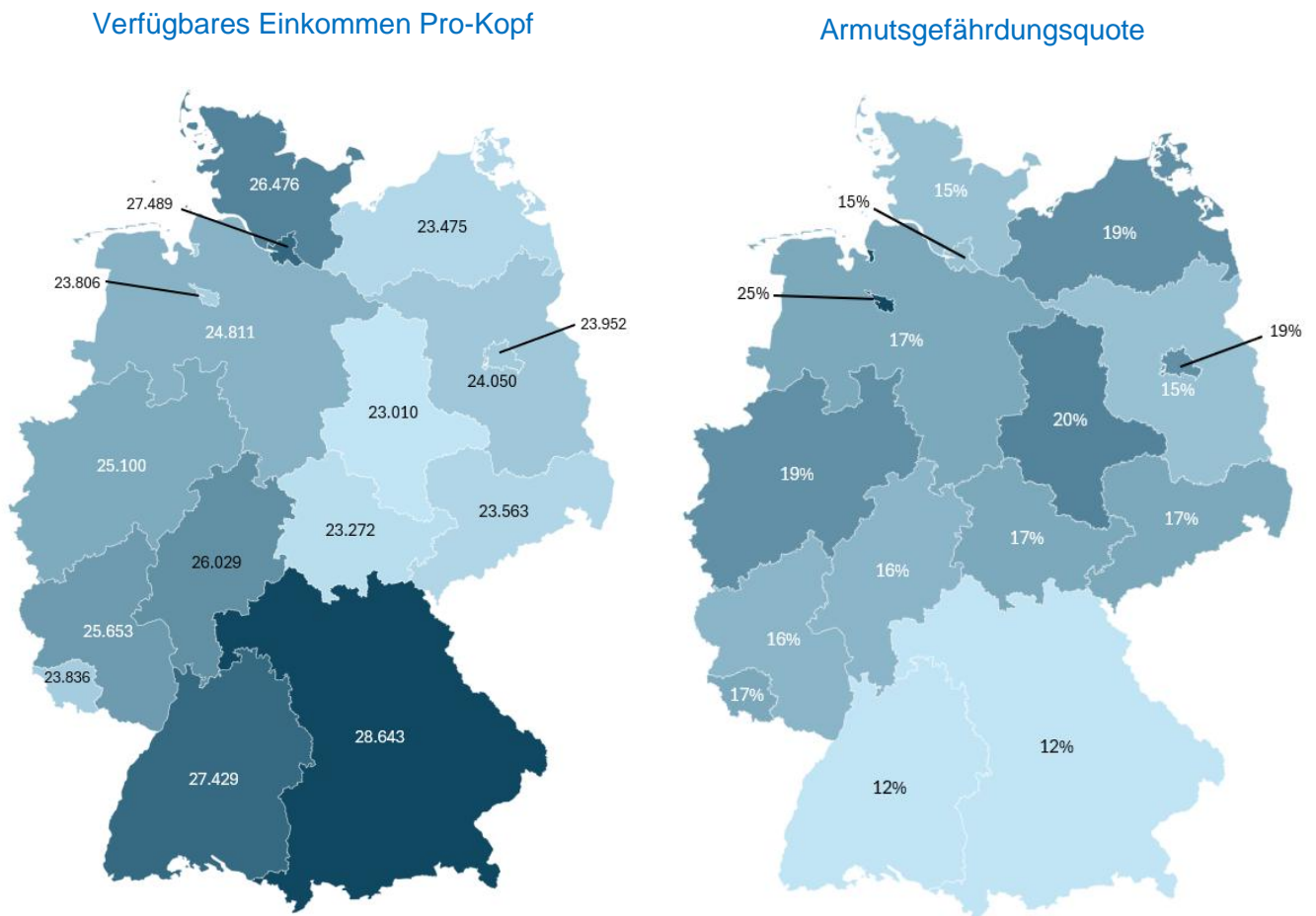


Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2022

Abbildung 3-3 zeigt die Verteilung des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens nach Bundesländern und stellt gleichzeitig die Armutsgefährdungsquote gegenüber. Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird, definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (bis Berichtsjahr 2019 in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung, ab Berichtsjahr 2020 in Hauptwohnsitzhaushalten) beträgt.

Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Schleswig-Holstein verzeichnen die höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Das Saarland, Bremen und die östlichen Bundesländer verfügen hingegen über die niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen. Die Armutsgefährdungsquote ist in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern sowie Nordrhein-Westfalen am höchsten.

**Abbildung 3-3: Verfügbares pro Kopf Einkommen (in EUR), 2022 im Vergleich mit Armutsgefährdungsquote, 2019 (Anteil an Personen in Prozent) nach Bundesländern**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionalatlas

Deutliche regionale Unterschiede sichtbar

Insgesamt zeigen sich deutlich regionale Unterschiede: das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern sowie Rheinland-Pfalz weisen tendenziell einen höheren Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen und hoher Energieausgabenbelastung auf und haben damit einen größeren Anteil an von Energiearmut bedrohten oder betroffenen Haushalten. Gleichzeitig liegen die verfügbaren Einkommen im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern unter dem Bundesdurchschnitt (ca. 25.000 Euro), was die relative Belastung beeinflusst. In Rheinland-Pfalz liegt das Pro-Kopf-Einkommen etwas über dem Bundesdurchschnitt und auch die Armutsgefährdungsquote ist im Mittelfeld einzuordnen. Dennoch haben sie ebenfalls eine hohe Ausgabenbelastung und sind von Energiearmut bedroht. Dies kann unter anderem an dem relativ hohen Anteil an fossilen Heizenergieträgern liegen.

Südwestdeutsche Länder (Bayern, Baden-Württemberg) liegen eher im unteren Bereich der Ausgabenbelastung, haben höhere verfügbare Einkommen und die Armutsgefährdungsquote ist niedrig. Sie müssen zwar auch mit Energiearmut umgehen, aber im Vergleich eher weniger.

Nordrhein-Westfalen hat aufgrund seiner Größe die höchsten absoluten Zahlen, aber nicht die höchsten prozentualen Anteile bei der Energieausgabenbelastung und liegt

daher eher im Mittelfeld. Aber: aufgrund der hohen absoluten Zahl der Betroffenen bundesweit ist Nordrhein-Westfalen für politische Maßnahmen gegen Energiearmut besonders relevant.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass eine hohe Energieausgabenbelastung je nach Region stark variiert: Strukturschwache Regionen (vor allem Saarland, Teile von Rheinland-Pfalz, vor allem im ländlichen Raum und einige ostdeutsche Bundesländer) sind stärker betroffen. Wirtschaftsstarke Länder (Baden-Württemberg, Bayern) weisen hingegen geringere Belastungen auf. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner Größe wichtig für die bundesweite Betrachtung.

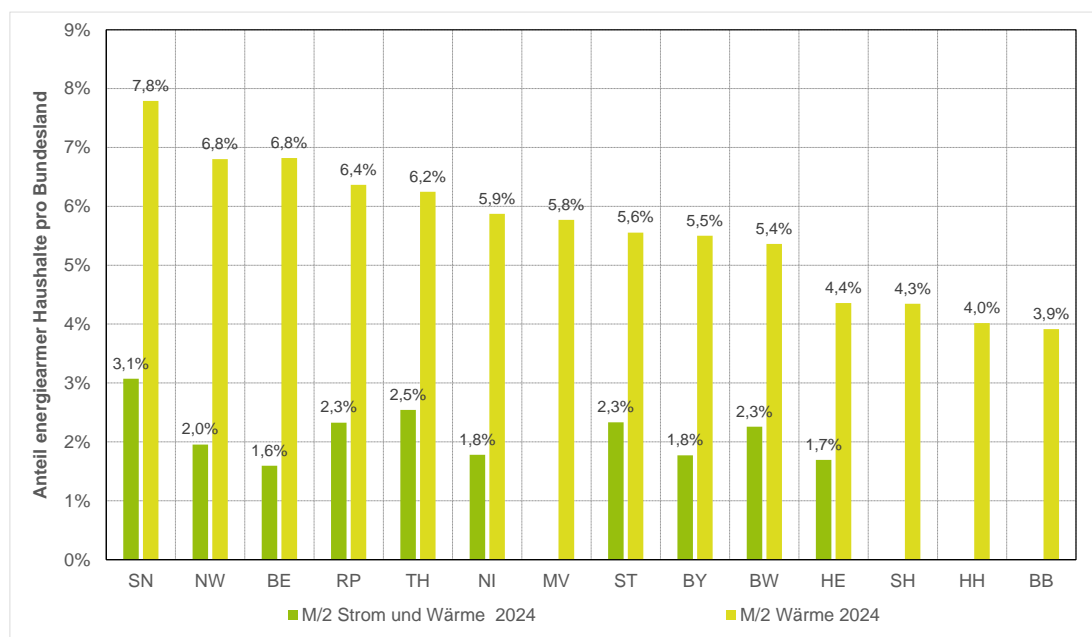
Starke regionale Unterschiede bei den Energieausgaben

### 3.2 Indikator 2: Versteckte Energiearmut M/2

Abbildung 3-4 zeigt den Anteil der Haushalte je Bundesland, deren absolute Energieausgaben unter der Hälfte des Medianwerts liegen. Der Indikator M/2 ist relevant, weil er verdeckte Energiearmut sichtbar macht. Haushalte, die ihren Energieverbrauch stark reduziert haben, erscheinen in einkommensbasierten Indikatoren oft nicht als energiearm, obwohl sie faktisch unterversorgt sind.

Hier weisen Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin sowie Rheinland-Pfalz tendenziell höhere Anteile für versteckte Energiearmut auf.

Abbildung 3-4: M/2 Indikator 2024 für Strom und Wärme<sup>5</sup>



Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Fehlende Säulen oder Bundesländer = zu wenig Beobachtungen

Insgesamt wird sichtbar, dass insbesondere die Wärmeausgaben ein zentrales Problemfeld darstellen: In allen Bundesländern liegen die Anteile der Haushalte mit Wärmeausgaben unterhalb des halben Medianwertes (M/2) deutlich über denen für Strom und Wärme zusammen. Dies deutet darauf hin, dass Haushalte vor allem im Bereich

<sup>5</sup> fehlende Bundesländer, fehlende Daten = zu wenig Beobachtungen

der Raumwärme ihren Verbrauch einschränken – ein Bereich, der durch steigende Preise von fossilen Heizenergieträgern weiterhin und stetig unter Druck ist, was besonders für bereits belastete einkommensschwache Haushalte das Risiko für Energiearmut erhöht.

Auffällig ist auch hier, dass es hohe regionale Unterschiede in der Betroffenheit gibt. Strukturelle Faktoren wie niedrigere Einkommen, ältere Gebäudebestände oder geringere Sanierungsquoten können die Ursache dafür sein. In absoluten Zahlen sind die größten Fallzahlen erwartungsgemäß in den bevölkerungsreichen Ländern zu finden. Nordrhein-Westfalen verzeichnet mit über 590.000 Haushalten mit sehr niedrigen Wärmeausgaben die höchste absolute Betroffenheit.

Insgesamt verdeutlichen die Daten: verdeckte Energiearmut ist ein regional sehr unterschiedlich ausgeprägtes Phänomen.

## 4 Handlungsempfehlungen

Bundesländer und Kommunen sind zentrale Akteure, wenn es um die praktische Bekämpfung von Energiearmut geht. Sie steuern Förderprogramme für Gebäudesanierung, koordinieren Energieberatungsangebote und können soziale Hilfen mit Klimaschutzmaßnahmen verknüpfen. Gleichzeitig sind Länder für die Integration von Energiearmut in ihre Klimaschutz- und Wohnungsbaupolitik verantwortlich. Kommunen sind besonders wichtig, da sie den direkten Zugang zu Haushalten haben und lokale Netzwerke nutzen können. Ihre Nähe zu den Haushalten ermöglicht zielgenaue Maßnahmen, etwa durch Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden. Eine koordinierte Multi-Level-Governance (Bund-Länder-Kommunen) ist unerlässlich, um sowohl akute Belastungen zu mindern, strukturelle Ursachen zu adressieren, und um letztlich die Energiewende sozial gerecht zu gestalten.

### Was ist zu tun für Bund, Bundesländer und Kommunen?

Bundesländer und Kommunen sollten sich dafür einsetzen, dass eine bundesweit einheitliche Definition von Energiearmut entwickelt wird, um Vergleichbarkeit und Transparenz sicherzustellen. Auf dieser Grundlage ist ein verpflichtendes Monitoring mit regelmäßiger Berichterstattung der Länder notwendig. Die Länder sollten die bundesweiten Vorgaben dann in eine verpflichtende Energiearmutsberichterstattung überführen, die jährlich veröffentlicht werden. Diese Berichte erhöhen die Transparenz, ermöglichen regionale Vergleiche und unterstützen die Identifikation spezifischer (regionaler) Problemlagen.

Einheitliche Definition von Energiearmut nötig

Zudem sollten die Bundesländer und Kommunen eine Rolle bei der gezielten Nutzung des Klima-Sozialfonds für Investitionen in energetische Gebäudesanierung, effiziente Heizsysteme und sozial ausgerichtete Förderprogramme spielen. Klare Kriterien und Rollen zur Mittelverwendung – insbesondere die Priorisierung vulnerabler Haushalte – sind entscheidend, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erhöhen.

Klima-Sozialfonds für Investitionen nutzen

Für neue Regelungen und Maßnahmen sollte immer und frühzeitig eine soziale Folgenabschätzung durchgeführt werden, um Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und sozialen Wirkungen frühzeitig zu erkennen und flankierende Maßnahmen zu entwickeln. Die tatsächlichen Wirkungen sollten im Zeitverlauf in einem Sozialmonitoring überprüft werden.

Folgenabschätzung und Sozialmonitoring planen

Um Klimaschutz und soziale Umsetzung zu verknüpfen, sollte ein Förderprogramm für den sozialen Wohnraum systematisch mit energetischen Standards verknüpft werden, um langfristig Energiearmut zu reduzieren und gleichzeitig Klimaziele zu erreichen. Quartiersansätze spielen darüber hinaus eine wichtige Rolle, um energiearme Haushalte zu erreichen. Die Einführung einer Säule „soziale Wärmewende“ in der Städtebauförderung bringt Klimaschutz quartiersbezogene kann Klimaschutz quartiersbezogen gezielt in Gebiete bringen, in denen Haushalte mit geringem Einkommen leben.

Förderprogramme mit energetischen Standards verbinden

Zudem können Länder durch eigene Förderprogramme – etwa für Heizungstausch, energetische Sanierungsmaßnahmen oder Mieterstrommodelle – gezielt Haushalte mit geringem Einkommen unterstützen. Eine enge Verzahnung mit Bundesprogrammen verhindert Doppelstrukturen und erhöht die Effizienz.

Darüber hinaus können Pilotprojekte auf Landesebene oder kommunaler Ebene, beispielsweise integrierte Ansätze wie „Energieeffizienz + soziale Entlastung“, innovative Lösungen erproben und als Blaupause für andere Regionen dienen.

Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der konkreten Unterstützung betroffener Haushalte. Der Ausbau kommunaler Energie- und Sozialberatungsstellen ist essenziell, um Haushalte frühzeitig zu erreichen, individuelle Einsparpotenziale aufzuzeigen und bei Förderanträgen zu unterstützen. Besonders wirksam sind integrierte Beratungsangebote, die Energieberatung, Schuldnerberatung und Sozialleistungen miteinander verbinden.

Kommunen stärken

Darüber hinaus benötigen Kommunen finanzielle und organisatorische Unterstützung, um lokale Sanierungsprogramme, Härtefallhilfen oder präventive Maßnahmen umzusetzen. Kommunale Programme können besonders gut auf lokale Gegebenheiten reagieren – etwa auf spezifische Gebäudestrukturen oder soziale Problemlagen.

Eine wirksame Bekämpfung von Energiearmut erfordert klar definierte Rollen. Während der Bund strategische Leitplanken und Finanzierung bereitstellt, sorgen die Länder für Monitoring und gezielte Förderung, und die Kommunen setzen Maßnahmen vor Ort um. Nur durch dieses Zusammenspiel lassen sich sowohl kurzfristige Entlastungen als auch langfristige strukturelle Verbesserungen erreichen.

Rollenklarheit schaffen

## Fazit

Energiearmut ist eine wachsende Herausforderung für die Energiewende und die soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Die Anzahl und Zusammensetzung energiearmer Haushalte unterscheiden sich je nach Bundesland. Regionale Unterschiede – etwa in Einkommensstruktur, Gebäudebestand und Heizsystemen – beeinflussen die Ausprägung von Energiearmut stark. Bundesländer und Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der praktischen Bekämpfung von Energiearmut und der Umsetzung wirksamer Maßnahmen. Die EU-Vorgaben und der Klima-Sozialfonds bieten Chancen, erfordern aber eine koordinierte Umsetzung und klare Zuständigkeiten. Nur durch eine enge Verzahnung von Klimaschutz und sozialen Fragen und die Aktivitäten auf Bund-, Länder- und Kommunenebene kann die Transformation gelingen, ohne vulnerable Haushalte zurückzulassen.

## 5 Literaturverzeichnis

Braungardt, Sibylle; Schumacher, Katja; Hoesch, Sarah; Keimeyer, Friedhelm; Cludius, Johanna; Kenkmann, Tanja (2024): Analyse von vulnerablen Gruppen nach Art. 8 Abs. 3 EED im Gebäude- und Wärmesektor sowie Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Unterstützung. Online verfügbar unter <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Analyse-vulnerablen-Gruppen-Maßnahmen-im-Gebaeude-Waermesektor.pdf>.

EC (2020): Commission Recommendation (EU) 2020/1563 of 14 October 2020 on energy poverty. European Commission (EC) (Official Journal of the European Union, 357/35). Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020H1563&from=EN>, zuletzt geprüft am 05.04.2023.

European Commission (EC) (Hg.) (2023): EU guidance on energy poverty - Accompanying the document Commission Recommendation on energy poverty (Commission Staff Working Document). Online verfügbar unter [https://energy.ec.europa.eu/document/download/a17c2aa6-02ca-49b3-8df6-b106ca9f37ed\\_en?filename=SWD\\_2023\\_647\\_F1\\_OTHER\\_STAFF\\_WORKING\\_PAPER\\_EN\\_V5\\_P1\\_3016190.PDF](https://energy.ec.europa.eu/document/download/a17c2aa6-02ca-49b3-8df6-b106ca9f37ed_en?filename=SWD_2023_647_F1_OTHER_STAFF_WORKING_PAPER_EN_V5_P1_3016190.PDF), zuletzt geprüft am 27.03.2024.

European Parliament (EP); European Council (EC) (2023a): Directive (EU) 2023/1791 of the European Parliament and of the Council of 13 September 2023 on energy efficiency and amending Regulation (EU) 2023/955 (recast) (Text with EEA relevance). Directive (EU) 2023/1791. In: *Official Journal*, L 231, 1-111 2023. Online verfügbar unter <http://data.europa.eu/eli/dir/2023/1791/oj>.

European Parliament (EP); European Council (EC) (2023b): Regulation (EU) 2023/955 of the European Parliament and of the Council of 10 May 2023 establishing a Social Climate Fund and amending Regulation (EU) 2021/1060. Regulation (EU) 2023/955. In: *Official Journal* (130), S. 1–51. Online verfügbar unter <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/955/oj>, zuletzt geprüft am 15.02.2024.

Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring (EWK) (Hg.) (2025): Monitoringbericht 2025. Unter Mitarbeit von Andreas Löschel, Veronika Grimm, Felix Matthes und Anke Weidlich. Berlin, Bochum, Freiburg, Nürnberg. Online verfügbar unter [https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-der-expertenkommission-zum-energiewende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-der-expertenkommission-zum-energiewende.pdf?__blob=publicationFile&v=12), zuletzt geprüft am 23.01.2026.

Fiedler, Swantje; Peiseler, Florian; Maier, Michael; Cludius, Johanna; Graichen, Jakob; Schumacher, Katja; Healy, Sienna (2024): CO<sub>2</sub>-Preis in Deutschland - Umsetzung des ETS II und des Klima-Sozialfonds in Deutschland. Studie für Klima-Allianz Deutschland. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS); Öko-Institut (Studie, 2/2024). Online verfügbar unter [https://www.germanwatch.org/sites/default/files/202402\\_ets2\\_klimasozialfonds.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/202402_ets2_klimasozialfonds.pdf), zuletzt geprüft am 13.09.2024.

Kenkmann, Tanja; Schumacher, Katja; Köhler, Benjamin; Möller, Laura | Öko-Institut Consult GmbH (2026): Bürgerenergiegenossenschaften für eine sozial gerechte Energie- und Wärmewende. Handlungsmöglichkeiten und Hemmnisse. Hg. v. Öko-Institut Consult GmbH und Studie im Auftrag der EWS Elektrizitätswerke Schönau eG. Online verfügbar unter <https://www.ews-schoenau.de/export/sites/ews/ews/presse/.files/studie-buergerenergiegenossenschaften.pdf>, zuletzt geprüft am 23.01.2026.

Schumacher, Katja; Noka, Viktoria; Cludius, Johanna (2025): Identifying and supporting vulnerable households in light of rising energy costs. Hg. v. Umweltbundesamt (UBA). Öko-Institut. Dessau-Roßlau (UBA Texte, 01/2025). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.60810/openumwelt-7674>, zuletzt geprüft am 07.01.2025.

Schumacher, K. & Noka, V. (2021). Sozialverträgliche Wärmewende in Berlin. Herausforderungen und Lösungen für Haushalte mit geringem Einkommen (Wissen. Wandel. Berlin. Report Nr. 14). Berlin: Öko-Institut e.V., Forschungsverbund Ecornet Berlin. Online verfügbar unter: [https://www.ecornet.eu/fileadmin/ecornet/user\\_upload/Ecornet\\_Berlin/EcornetBerlin\\_Report14\\_Sozialvertraegliche\\_Waermewende\\_Berlin\\_-\\_Haushalte\\_mit\\_geringem\\_Einkommen.pdf](https://www.ecornet.eu/fileadmin/ecornet/user_upload/Ecornet_Berlin/EcornetBerlin_Report14_Sozialvertraegliche_Waermewende_Berlin_-_Haushalte_mit_geringem_Einkommen.pdf)

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2026): Regionalatlas Deutschland. Online verfügbar unter: <https://regionalatlas.statistikportal.de/>

---

## Öko-Institut | Freiburg | Darmstadt | Berlin

Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.

[oeko.de](https://oeko.de) | [info@oeko.de](mailto:info@oeko.de)

## Kontakt

Dr. Katja Schumacher | Öko-Institut e.V. | +49 30 405085-321 | [k.schumacher@oeko.de](mailto:k.schumacher@oeko.de)

---

**Tabelle 4-1: Abkürzungen der Bundesländer**

<b>Bundesland</b>	<b>Kürzel</b>
Baden-Württemberg	BW
Bayern	BY
Berlin	BE
Brandenburg	BB
Bremen	HB
Hamburg	HH
Hessen	HE
Mecklenburg-Vorpommern	MV
Niedersachsen	NI
Nordrhein-Westfalen	NW
Rheinland-Pfalz	RP
Saarland	SL
Sachsen	SN
Sachsen-Anhalt	ST
Schleswig-Holstein	SH
Thüringen	TH

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Abkürzungen für Deutschland und seine Bundesländer.  
<https://www.destatis.de/DE/Methoden/abkuerzung-bundeslaender-DE-EN.html>

---

**Abbildung 4-1: 2M und M/2 sozio-ökonomische Merkmale für Deutschland – zum Vergleich**

<b>Merkmal</b>	<b>Kategorie</b>	<b>2M Energie 2024</b> (Anteil an allen HH in der Gruppe)	<b>2M Wärme 2024</b> (Anteil an allen HH in der Gruppe)	<b>M/2 Energie 2024</b> (Anteil an allen HH in der Gruppe)	<b>M/2 Wärme 2024</b> (Anteil an allen HH in der Gruppe)
Alter	<=65	11,5%	12,1%	1,9%	6,0%
	>65	18,3%	21,0%	2,0%	5,4%
Wohnverhältnis	Miete	15,7%	16,8%	2,6%	8,5%
	Eigentum	10,2%	11,5%	1,2%	2,4%
Haushaltstyp	Einpersonen-Haushalt	20,5%	21,0%	1,6%	8,2%
	Mehrpersonen ohne Kinder	8,7%	10,4%	1,5%	3,4%
	Mehrpersonen mit Kind(ern)	6,9%	8,5%	3,4%	5,4%
Soziale Stellung	Keine (bezahlte) Arbeit	42,5%	39,1%	5,4%	20,2%
	Arbeit	5,7%	7,0%	1,4%	3,7%
	Rente/Pension	19,9%	22,4%	2,0%	5,8%

Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts

**Tabelle 4-2: Hohe Energieausgabenbelastung (2M und M/2 Indikator), relativ und absolut sowie Anzahl der Haushalte je Bundesland**

	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	Anzahl HH gesamt im BL	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024
	Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland				Anzahl der Haushalte				
Baden-Württemberg	9,9%	10,9%	2,3%	5,4%	5.172.885	511.148	565.825	116.708	277.427
Bayern	11,8%	12,5%	1,8%	5,5%	6.268.502	737.065	784.422	110.942	344.823
Berlin	12,8%	14,1%	1,6%	6,8%	1.998.873	256.219	282.815	31.865	136.357
Brandenburg	15,5%	17,9%		3,9%	1.247.231	193.161	223.423		48.829
Bremen	12,8%	14,2%			360.869	46.031	51.388		
Hamburg	11,0%	12,2%		4,0%	987.458	108.902	120.677		39.676
Hessen	12,3%	12,8%	1,7%	4,4%	3.029.407	372.524	388.204	51.335	131.968
Mecklenburg-Vorpommern	18,3%	21,0%		5,8%	819.691	149.629	172.409		47.302
Niedersachsen	14,7%	16,2%	1,8%	5,9%	3.892.998	570.410	630.463	69.243	228.607
Nordrhein-Westfalen	13,3%	14,0%	2,0%	6,8%	8.678.787	1.152.079	1.217.329	169.579	590.264
Rheinland-Pfalz	18,1%	18,7%	2,3%	6,4%	1.932.761	350.620	361.472	44.952	123.050
Saarland	21,5%	23,5%			488.971	105.247	114.848		
Sachsen	15,2%	17,5%	3,1%	7,8%	2.134.431	324.155	372.909	65.578	166.261
Sachsen-Anhalt	14,4%	16,8%	2,3%	5,6%	1.144.582	165.020	192.122	26.680	63.562
Schleswig-Holstein	15,8%	18,1%		4,3%	1.435.076	226.294	260.012		62.359
Thüringen	13,1%	14,5%	2,5%	6,2%	1.090.208	143.005	158.136	27.726	68.112

Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-3: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (2M-Indikator) nach Wohnverhältnis: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	2M Strom und Wärme 2024	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	2M Wärme 2024	Anzahl HH gesamt im BL	Anzahl HH gesamt im BL	2M Strom und Wärme 2024	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	2M Wärme 2024
	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete
	Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland				Anzahl der Haushalte					
Baden-Württemberg	7,4%	12,5%	2,8%	8,1%	2.658.549	2.514.337	196.604	314.544	221.800	344.025
Bayern	10,1%	13,5%	11,4%	13,6%	3.150.714	3.117.788	317.331	419.735	359.201	425.221
Berlin		13,8%		15,2%	331.776	1.667.097		229.363		253.133
Brandenburg	12,9%	17,2%	14,4%	20,2%	491.097	756.134	63.318	129.843	70.584	152.839
Bremen		15,8%		18,4%	145.954	214.915		33.973		39.584
Hamburg		12,2%		14,1%	229.377	758.080		92.151		106.522
Hessen	11,7%	12,8%	12,5%	13,1%	1.395.755	1.633.652	163.850	208.674	174.867	213.337
Mecklenburg-Vorpommern	15,7%	19,6%	17,3%	23,1%	290.882	528.809	45.766	103.863	50.449	121.960
Niedersachsen	9,4%	19,4%	11,5%	20,5%	1.852.138	2.040.860	174.103	396.307	212.439	418.024
Nordrhein-Westfalen	8,7%	16,5%	9,7%	17,1%	3.581.144	5.097.643	311.232	840.847	345.922	871.407
Rheinland-Pfalz	16,6%	20,0%	17,5%	20,1%	1.030.337	902.423	170.547	180.072	179.860	181.612
Saarland	17,8%	27,5%	19,4%	30,0%	300.883	188.088	53.440	51.807	58.396	56.452
Sachsen	13,2%	16,1%	15,1%	18,6%	676.674	1.457.757	89.334	234.821	102.018	270.892
Sachsen-Anhalt	9,8%	17,4%	10,7%	20,7%	448.724	695.857	43.828	121.192	47.964	144.159
Schleswig-Holstein	11,5%	19,5%	13,9%	21,8%	667.573	767.503	76.463	149.831	92.598	167.413
Thüringen	11,3%	14,5%	13,4%	15,3%	479.398	610.810	54.149	88.856	64.398	93.738

Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-4: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (M/2-Indikator) nach Wohnverhältnis: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	Anzahl HH gesamt im BL	Anzahl HH gesamt im BL	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	M/2 Wärme 2024
	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete	Im Eigentum	Zur Miete
	Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland				Anzahl der Haushalte					
Baden-Württemberg	1,4%	3,1%	1,4%	8,1%	2.658.549	2.514.337	37.572	79.137	73.794	203.633
Bayern	1,2%	2,4%	1,2%	8,6%	3.150.714	3.117.788	36.968	73.975	76.669	268.154
Berlin				7,6%	331.776	1.667.097				126.902
Brandenburg				5,3%	491.097	756.134				40.320
Bremen					145.954	214.915				
Hamburg				4,8%	229.377	758.080				36.459
Hessen				6,5%	1.395.755	1.633.652				105.810
Mecklenburg-Vorpommern				7,6%	290.882	528.809				40.379
Niedersachsen		2,6%		9,6%	1.852.138	2.040.860		52.648	32.088	196.519
Nordrhein-Westfalen		2,7%		9,7%	3.581.144	5.097.643		138.341	97.526	492.738
Rheinland-Pfalz		3,7%		10,8%	1.030.337	902.423		33.485		97.647
Saarland					300.883	188.088				
Sachsen		3,1%	3,7%	9,7%	676.674	1.457.757		44.945	24.812	141.449
Sachsen-Anhalt				8,3%	448.724	695.857				57.629
Schleswig-Holstein				6,7%	667.573	767.503				51.046
Thüringen				10,3%	479.398	610.810				63.127

Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-5: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (2M-Indikator) nach Alter: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	2M Strom und Wärme 2024	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	2M Wärme 2024	Anzahl HH gesamt im BL	Anzahl HH gesamt im BL	2M Strom und Wärme 2024	2M Strom und Wärme 2024	2M Wärme 2024	2M Wärme 2024
	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65
	Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland				Anzahl der Haushalte					
Baden-Württemberg	7,6%	16,2%	8,4%	17,9%	3.809.196	1.363.689	290.562	220.586	321.510	244.316
Bayern	9,7%	18,4%	10,2%	19,9%	4.752.979	1.515.523	458.709	278.357	482.911	301.510
Berlin	13,0%	12,4%	14,3%	13,8%	1.364.808	634.065	177.610	78.610	195.009	87.806
Brandenburg	15,5%	15,4%	16,6%	21,1%	871.304	375.927	135.086	58.075	144.207	79.215
Bremen	11,4%		13,2%		286.375	74.493	32.656		37.708	
Hamburg	10,3%		10,4%	17,7%	738.571	248.887	76.180		76.575	44.102
Hessen	10,1%	18,5%	9,9%	21,1%	2.240.606	788.801	226.267	146.257	222.116	166.088
Mecklenburg-Vorpommern	17,8%	19,9%	20,0%	24,8%	637.205	182.486	113.238	36.391	127.188	45.221
Niedersachsen	12,3%	21,0%	13,5%	23,6%	2.844.457	1.048.541	350.709	219.701	383.071	247.393
Nordrhein-Westfalen	11,4%	18,8%	11,6%	21,0%	6.455.470	2.223.316	733.790	418.289	749.700	467.629
Rheinland-Pfalz	14,9%	26,3%	15,2%	27,7%	1.388.278	544.482	207.298	143.322	210.785	150.687
Saarland	14,1%	35,6%	16,2%	37,2%	320.016	168.955	45.073	60.174	51.979	62.869
Sachsen	14,9%	15,9%	16,1%	20,8%	1.499.815	634.616	223.282	100.873	240.943	131.967
Sachsen-Anhalt	13,8%	16,4%	14,7%	23,0%	861.466	283.115	118.589	46.432	126.920	65.202
Schleswig-Holstein	13,8%	20,6%	14,7%	26,2%	1.011.508	423.567	139.232	87.062	149.060	110.952
Thüringen	12,3%	14,9%	13,4%	16,9%	740.440	349.768	90.774	52.231	98.863	59.272

Quelle: FDZ der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-6: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (M/2-Indikator) nach Alter: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	Anzahl HH gesamt im BL	Anzahl HH gesamt im BL	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Strom und Wärme 2024	M/2 Wärme 2024	M/2 Wärme 2024
	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65	<= 65	>65
	Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Bundesland				Anzahl der Haushalte					
Baden-Württemberg	2,1%	2,7%	5,2%	6,0%	3.809.196	1.363.689	79.227	37.482	196.202	81.225
Bayern	1,0%		5,6%	5,1%	4.752.979	1.515.523	80.762	30.180	267.884	76.938
Berlin			6,8%	6,9%	1.364.808	634.065			92.559	43.797
Brandenburg			3,6%		871.304	375.927			31.155	
Bremen					286.375	74.493				
Hamburg			4,8%		738.571	248.887			35.150	
Hessen	1,7%		4,5%		2.240.606	788.801	38.298		100.910	
Mecklenburg-Vorpommern			6,3%		637.205	182.486			40.020	
Niedersachsen	1,9%		6,4%	4,5%	2.844.457	1.048.541	53.743		181.065	47.542
Nordrhein-Westfalen	2,0%	1,9%	7,1%	6,0%	6.455.470	2.223.316	128.381	41.198	456.812	133.452
Rheinland-Pfalz			6,5%	6,1%	1.388.278	544.482			89.802	33.249
Saarland					320.016	168.955	4.195			
Sachsen	3,2%		8,3%	6,5%	1.499.815	634.616	48.630		125.050	41.211
Sachsen-Anhalt			6,6%		861.466	283.115			56.486	
Schleswig-Holstein	1,6%	0,5%	4,8%	1,3%	1.011.508	423.567			48.716	
Thüringen			4,3%	10,3%	740.440	349.768			31.981	36.131

Quelle: FDZ des Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-7: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (2M-Indikator) nach Haushaltstyp: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	Haushaltstyp 2M Strom und Wärme			Haushaltstyp 2M nur Wärme			Gesamte Anzahl an HH in der Gruppe			2M Strom und Wärme 2024 Anzahl HH			2M Wärme 2024 Anzahl HH		
	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)
Baden-Württemberg	16,8%	5,7%	4,8%	17,7%	7,1%	5,4%	2.047.605	2.038.233	1.087.048	343.447	115.740	51.960	363.082	144.066	58.677
Bayern	18,1%	8,2%	5,6%	17,7%	9,8%	7,2%	2.580.578	2.413.576	1.274.348	467.705	198.344	71.016	456.485	236.146	91.790
Berlin	18,6%	6,4%		19,4%	7,0%		1.057.815	639.742	301.317	197.080	40.935		205.553	45.003	
Brandenburg	25,7%	9,4%		27,4%	13,8%		516.956	478.406	251.868	132.806	45.146		141.816	65.906	
Bremen	19,3%			20,4%			159.582	138.630	62.656	30.776			32.583		
Hamburg	16,9%			18,9%			490.390	342.577	154.490	83.040			92.554		
Hessen	17,2%	9,4%	8,7%	17,3%	10,3%	9,3%	1.188.771	1.167.848	672.788	204.477	109.586	58.461	206.116	119.807	62.281
Mecklenburg-Vorpommern	30,5%	8,9%		33,1%	10,3%	14,0%	358.568	292.259	168.863	109.480	26.132		118.700	30.068	23.642
Niedersachsen	23,7%	8,0%	7,8%	23,7%	11,6%	8,9%	1.650.133	1.469.186	773.679	391.772	118.172	60.466	390.777	170.958	68.728
Nordrhein-Westfalen	19,8%	10,0%	6,4%	19,7%	11,5%	7,6%	3.534.563	3.408.546	1.735.677	698.368	342.341	111.370	694.698	390.660	131.970
Rheinland-Pfalz	25,2%	14,1%	11,9%	25,1%	14,6%	14,1%	775.563	792.968	364.229	195.693	111.438	43.489	194.516	115.452	51.503
Saarland	34,1%	12,7%		36,5%	14,6%		230.792	195.146	63.033	78.787	24.814		84.134	28.458	
Sachsen	24,2%	7,5%	8,4%	25,6%	11,2%	9,9%	959.685	797.119	377.628	232.397	60.156	31.602	245.793	89.598	37.519
Sachsen-Anhalt	23,2%	9,4%		23,9%	13,2%		460.720	440.793	243.069	106.803	41.470		110.272	58.374	
Schleswig-Holstein	22,7%	10,3%		24,5%	12,4%	13,7%	650.206	513.137	271.733	147.448	52.747		159.436	63.434	37.142
Thüringen	20,0%	7,7%		21,8%	8,3%		427.904	457.770	204.533	85.782	35.393		93.342	37.915	

Quelle: FDZ des Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-8: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (M/2-Indikator) nach Haushaltstyp: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	Haushaltstyp M/2 Strom und Wärme			Haushaltstyp M/2 nur Wärme			Gesamte Anzahl an HH in der Gruppe			M/2 Strom und Wärme 2024 Anzahl HH			M/2 Wärme 2024 Anzahl HH		
	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)	Ein-Personen-HH	Mehr-Personen-HH ohne Kinder	Mehr-Personen-HH mit Kind(ern)
Baden-Württemberg	1,9%		4,5%	7,4%	2,9%	6,1%	2.047.605	2.038.233	1.087.048	38.109		48.793	151.576	59.746	66.105
Bayern	1,5%		3,4%	8,2%	2,4%	5,9%	2.580.578	2.413.576	1.274.348	39.891		43.898	212.387	56.979	75.456
Berlin				9,8%			1.057.815	639.742	301.317				103.825		
Brandenburg							516.956	478.406	251.868						
Bremen							159.582	138.630	62.656						
Hamburg							490.390	342.577	154.490						
Hessen				5,2%	3,2%		1.188.771	1.167.848	672.788				62.207	37.820	
Mecklenburg-Vorpommern				7,9%			358.568	292.259	168.863				28.397		
Niedersachsen				8,6%	3,3%	4,8%	1.650.133	1.469.186	773.679				142.612	48.728	37.267
Nordrhein-Westfalen	1,7%	1,9%	2,5%	9,3%	5,0%	5,2%	3.534.563	3.408.546	1.735.677	61.461	64.022	44.096	330.359	170.275	89.629
Rheinland-Pfalz				9,2%	3,9%		775.563	792.968	364.229				71.172	31.311	
Saarland							230.792	195.146	63.033						
Sachsen		2,6%	8,5%	9,1%	4,7%	10,8%	959.685	797.119	377.628		20.629	32.158	87.626	37.800	40.835
Sachsen-Anhalt				9,1%			460.720	440.793	243.069				41.930		
Schleswig-Holstein	1,9%	1,0%	1,3%	6,9%	1,6%	3,6%	650.206	513.137	271.733				44.588		
Thüringen				10,1%	4,0%		427.904	457.770	204.533				43.280	18.203	

Quelle: FDZ des Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-9: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (2M-Indikator) nach sozialer Stellung: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	Haushaltstyp 2M Strom und Wärme			Haushaltstyp 2M nur Wärme			Gesamte Anzahl an HH in der Gruppe			2M Strom und Wärme 2024 Anzahl HH			2M Wärme 2024 Anzahl HH		
	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Ar- beit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit
Baden-Württemberg	4,0%	16,8%	43,1%	5,3%	18,2%	38,8%	3.389.953	1.486.770	296.163	134.247	249.370	127.532	179.974	270.908	114.943
Bayern	5,2%	19,6%	37,7%	6,3%	21,1%	33,6%	4.057.355	1.705.704	505.443	211.907	334.715	190.443	254.265	360.531	169.626
Berlin	5,9%	14,9%	42,1%	7,5%	16,0%	42,8%	1.066.629	732.179	200.065	62.987	108.992	84.241	80.401	116.809	85.605
Brandenburg	8,5%	19,5%	54,6%	9,3%	24,7%	57,2%	740.058	417.561	89.611	62.983	81.229	48.949	69.027	103.171	51.225
Bremen		20,1%			20,9%		233.705	83.256	43.907		16.755			17.426	
Hamburg		16,5%	41,5%		19,7%	36,9%	611.738	275.581	100.139		45.473	41.511		54.339	36.983
Hessen	5,6%	20,1%	38,6%	5,9%	22,9%	32,0%	1.919.407	889.196	220.804	108.392	178.866	85.266	113.764	203.871	70.569
Mecklenburg-Vorpommern	9,1%	22,4%	50,9%	11,7%	26,6%	51,8%	494.798	213.184	111.708	44.888	47.832	56.909	57.865	56.728	57.816
Niedersachsen	5,8%	22,7%	45,5%	7,2%	25,4%	43,5%	2.340.071	1.188.414	364.513	134.985	269.560	165.865	169.639	302.099	158.725
Nordrhein-Westfalen	5,3%	19,6%	38,4%	6,1%	22,0%	34,4%	5.096.355	2.627.075	955.356	270.304	514.754	367.020	310.994	577.377	328.958
Rheinland-Pfalz	8,3%	28,1%	45,6%	9,7%	27,9%	43,3%	1.111.143	662.568	159.049	91.958	186.088	72.574	107.821	184.747	68.903
Saarland		35,5%			37,4%		266.247	195.084	27.639		69.203			72.927	
Sachsen	6,5%	16,9%	58,7%	9,0%	21,6%	52,1%	1.224.955	693.687	215.789	79.876	117.577	126.702	110.563	149.853	112.493
Sachsen-Anhalt	7,3%	19,9%	43,0%	9,1%	26,1%	37,8%	704.952	326.520	113.111	51.488	64.927	48.606	63.985	85.356	42.781
Schleswig-Holstein	8,0%	22,3%	41,6%	8,8%	27,4%	43,1%	819.990	491.564	123.521	65.332	109.599	51.364	72.271	134.496	53.245
Thüringen	6,7%	18,4%		8,8%	20,4%		630.785	392.064	67.359	42.145	72.152		55.374	80.009	

Quelle: FDZ des Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen

**Tabelle 4-10: Energiearme Haushalte im 1. bis 3. Einkommensdezil pro Bundesland (M/2-Indikator) nach sozialer Stellung: Anteil an allen Haushalten je Bundesland sowie Anzahl**

	Haushaltstyp M/2 Strom und Wärme			Haushaltstyp M/2 nur Wärme			Gesamte Anzahl an HH in der Gruppe			M/2 Strom und Wärme 2024 Anzahl HH			M/2 Wärme 2024 Anzahl HH		
	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Ar- beit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Arbeit	Arbeit	Rente/Pen- sion	Keine (be- zahlte) Ar- beit
Baden-Württemberg	1,7%	2,8%		3,8%	6,5%	18,0%	3.389.953	1.486.770	296.163	56.581	41.927	0	127.189	96.998	53.240
Bayern	1,1%	2,1%		3,2%	5,2%	25,0%	4.057.355	1.705.704	505.443	44.551	35.806	0	130.434	88.017	126.372
Berlin				4,2%	7,8%		1.066.629	732.179	200.065				45.228	56.863	
Brandenburg							740.058	417.561	89.611						
Bremen							233.705	83.256	43.907						
Hamburg							611.738	275.581	100.139						
Hessen				2,3%	4,7%	20,5%	1.919.407	889.196	220.804				44.616	42.072	45.281
Mecklenburg-Vorpommern							494.798	213.184	111.708						
Niedersachsen				3,4%	5,5%	22,7%	2.340.071	1.188.414	364.513				80.355	65.482	82.769
Nordrhein-Westfalen	1,5%	1,7%	5,3%	4,4%	6,3%	20,9%	5.096.355	2.627.075	955.356	74.503	44.569	50.507	224.466	166.240	199.558
Rheinland-Pfalz				3,8%	5,9%	26,1%	1.111.143	662.568	159.049				42.303	39.214	41.533
Saarland							266.247	195.084	27.639						
Sachsen	2,9%	2,8%		6,2%	6,9%	19,6%	1.224.955	693.687	215.789	35.524	19.170		75.881	48.029	42.352
Sachsen-Anhalt				3,5%			704.952	326.520	113.111				24.816		
Schleswig-Holstein							819.990	491.564	123.521						
Thüringen					10,7%		630.785	392.064	67.359					41.875	

Quelle: FDZ des Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018; Mikrosimulationsmodell SEEK-DE des Öko-Instituts. Leere Zellen = zu wenig Beobachtungen.